

Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Finanzen und
Beteiligungen -

Tagesordnung II Punkt 72 der öffentlichen Sitzung am 16. Dezember 2021

Vorlagen-Nr. 21-V-40-0025

Umsetzung Landesprogramm "Verwaltungskapazitäten"

Beschluss Nr. 0628

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- 1. Es wird zur Kenntnis genommen:
 - 1.1. Mit dem Gesetz "Starke Heimat Hessen" stellt das Land Mittel für "Verwaltungskräfte an Schulen" zur Verfügung. Aufbauend ab 2020 werden jährlich 5.000.000 € zur Verfügung gestellt. Ab dem Jahr 2024 wird der maximale Betrag von 25.000.000 € bereit stehen.
 - 1.2. Die Verwaltungsvereinbarung ist auf unbestimmte Zeit geschlossen. Das Land beabsichtigt, das jährliche Volumen von 25.000.000 € nach 2024 mindestens zu verstetigen.
 - 1.3. Die Zuweisung der Mittel erfolgt nach dem Anteil der Schülerinnen und Schüler an der Gesamtschülerzahl.
 - 1.4. Als Grundlage der Verteilung an die Schulen dient ein Verwaltungsindex, der durch das Kultusministerium zur Verfügung gestellt wurde.
 - 1.5. Für die Jahre 2020 und 2021 erhält die Landeshauptstadt vom Land Hessen einen Betrag in Höhe von 710.162,05 € zzgl. 5 % Organisation und Verwaltungspauschale.
 - 1.6. Die Landesmittel werden zur Finanzierung von zusätzliche Stellen in den Schulsekretariaten für den Bereich "innerer Schulverwaltung" herangezogen.
 - 1.7. Die vorhandene Personalkapazität mit 3,0 VZÄ im Sachgebiet 400250 Personalbetreuung schon jetzt für die Betreuung von 278 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht ausreicht.
 - 1.8. Die Organisation- und Verwaltungspauschale (5%) in Höhe von 37.376,95 € zur Deckung von Personalkosten im Sachgebiet 400250 Personalbetreuung genutzt werden sollen.
 - 1.9. Die aktuelle Stellenbewertung für die Personalbetreuung einen Stellenwert E 9a TVöD ergeben hat.
- 2. Es wird beschlossen:
 - 2.1. Zu Schulsekretariaten:
 - 2.1.1. Der in der ergänzenden Erläuterung dargestellten Verteilung der Landesmittel wird zugestimmt.

Seite: 1/3

- 2.1.2. Die konkrete Umsetzung der Stundenanteile erfolgt durch Dezernat III/40.
- 2.1.3. Sollte die Umsetzung an den Berufsschulen wie aktuell gewünscht nicht erfolgen können, werden diese Mittel analog der restlichen Mittel verteilt.
- 2.1.4. Zum Stellenplan 2022/2023 werden im Bereich "40 Schulamt" zwei Planstellen im Stellenwert E 10 TVöD geschaffen. Der Stellenwert ist vor einer Ausschreibung mit Dez. I/15 abzustimmen.
- 2.1.5. Zum Stellenplan 2022/23 werden die Stellenumfänge der Poolstelle 4001 GS, der Poolstelle 4001 RS und der Poolstelle 4001 IGS jeweils um 3,22 erhöht.
- 2.1.6. Dezernat III/40 wird beauftragt, die Stellen- und Stundenverteilungen vorab der Beschlussfassung und Genehmigung des Stellenplans 2022/2023 überplanmäßig zu besetzen. Zur Finanzierung stehen in 2021 Landesmittel zur Verfügung.

2.2. 400250 Personalbetreuung

- 2.2.1. Zum Stellenplan 2022/23 wird die unbesetzte Planstelle Nr. 22993 im Umfang von 0,909 bei Dez. III/ 40 zu einer Vollzeitplanstelle im Stellenwert E 9a TVöD bei Dez. III/ 400250 umgewandelt. Zur Kompensation der Erhöhung des Stellenumfangs wird der Umfang der unbesetzten Planstelle Nr. 22989 bei Dez. III/ 40 um 0,091 verringert.
- 2.2.2. Dezernat III/40 wird beauftragt die Stelle im Bereich 400250 Personalbetreuung vorab der Beschlussfassung und Genehmigung des Stellenplans 2022/2023 überplanmäßig zu besetzen.
- 2.2.3. Im Jahr 2021 erfolgt die Finanzierung der Stelle 400250 Personalbetreuung in Höhe von 37.376,95 € aus der Verwaltungskostenpauschale des Landes aus dem Projekt "Starke Heimat".
- 2.2.4. Die für die Umsetzung erforderlichen Mittel in 2022/2023 in Höhe von 66.874 € für die Stelle 400250 Personalbetreuung werden in Höhe von 37.376,95 € aus der Verwaltungskostenpauschale des Landes und in Höhe von 29.497,05 € aus dem Personalbudget des Schulamtes herangezogen.

2.3. Gesamt:

Im Rahmen der neuen Regelungen zur Steuerung der Personalkosten ab 2018ff ist das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals Dez III/40 nach Genehmigung des Haushaltes und Stellenplans 2022/2023 um 12,66 VZÄ zu erhöhen.

(antragsgemäß unter Berücksichtigung der Stellungnahme Amt 15)

Tagesordnung II Wiesbaden, .12.2021

Dr. Reinhard Völker Vorsitzender